

Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216

Nummer 399/400

Preis: monatlich Mark 860 000.—, Belegungen nehmen sämtliche Postämter und Briefträger entgegen.
Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, täglich von 7 Uhr an Redaktion 5608 n. 5610. — Postfachkonto Leipzig 30612.

Halle-Saale

Dienstag, 28. August 1923

Anzeigenpreis:

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Kurier Nr. 6204, eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ullrich, Halle-Saale.

Poincaré's Mißsicht auf England

Noch keine Antwort an Stresemann

Die Unehrlichkeit Poincaré'scher Pfänderpolitik

Schlau und vorsichtig

Paris, 27. August.

Die Rede, die Poincaré gestern in Genéve gehalten hat, was hier bekannt wird, nicht als ein Wort, sondern als eine Erklärung, die Stresemann zu betrachten. Eine richtige Antwort der Kanzlerrede konnte gestern schon deshalb nicht gegeben werden, weil der vollständige Wortlaut der Erklärung Stresemann's hier noch gar nicht vorlag, als Poincaré seine Rede zu Papier brachte. (2)

Der französische Ministerpräsident hat allem Anschein nach eine schnelle Zurückweisung der durch Stresemann vertretenen Thesen von der unzureichenden Leistung der bisherigen Forderungen Deutschlands für geboten gehalten, damit in England nicht der Eindruck entstehen kann, daß auch die französische Regierung gegen die Forderung des Wertes der deutschen Leistungen nicht einzuwenden hätte. In französischen öffentlichen Kreisen hat die Rede Stresemann's, wie schon gesagt, einen gewissen Eindruck gemacht, der auch in den Kreisen des französischen Parlamentes, die zum Wohl und Gelingen ist, Poincaré wolle behaupten, daß die Forderung des Wertes der deutschen Leistungen nicht einzuwenden hätte. In französischen öffentlichen Kreisen hat die Rede Stresemann's, wie schon gesagt, einen gewissen Eindruck gemacht, der auch in den Kreisen des französischen Parlamentes, die zum Wohl und Gelingen ist, Poincaré wolle behaupten, daß die Forderung des Wertes der deutschen Leistungen nicht einzuwenden hätte.

Das sozialistische Drängen nach Verhandlungen

Bern, 27. August.

Im Rathsausschuß trat heute vormittag das Zentralkomitee der Metallarbeiterinternationalen zu einer vorausichtlich drei Tage dauernden Sitzung zusammen. Vertreten sind 14 Länder. Der Sekretär des Bundes, Rige, dem heute der Bericht über die Verhandlungen mit dem Berg- und Transportarbeiter sei es mangels genügender Vorbereitung der französischen und der belgischen Arbeiter vor der erwarteten direkten Aktion gegen die Ruhrbelegung gekommen, deren Charakter er als triegerisch bezeichnete. Digmann (Deutschland) führte u. a. aus: Die Ruhrbelegung habe sich nur über zwei Monate der gesamte Weltmarkt. Für die Belegungsmaßnahme handle es sich hier nicht mehr um die Erfüllung des Berliner Friedensvertrages. Man müsse die Untererlegungen fragen, was alles mit den ungelagerten Summen anfangen werden könnte, die die Belegung veranlaßt. Er forderte die Delegierten auf, nach ihrer Rückkehr in die Heimat auf schnelle Aufnahme von Verhandlungen hinzuwirken. Der belgische Delegierte des belgischen Proletariats, das seine Bereitwilligkeit zur Reparationsleistung erwiesen habe, werde von der Bourgeoisie der verschiedenen Länder nicht geliebt. Schlimmer als Hunger sei hier in Deutschland innerhalb der Arbeiterklasse durch die starke Geldwertverwertung gestiftet. Man müsse sich dabei nur wundern, daß die Arbeiterklasse sich noch nicht völlig zur Reue bekehrt habe. Die Haltung des internationalen Generalrats der Arbeiterklasse in der Ruhrfrage habe nicht befriedigen können. Man hätte von ihm größere Aktivität erwarten sollen. Den Zweck des Beschlusses des internationalen Generalrats sei es, die Zusammenkunft Deutschlands werde die Arbeiterklasse aller Länder in berechtigter Arbeitserregung zu bringen. Man dürfe nicht vergessen, daß der Nationalismus in jedem Lande der größte Feind des Proletariats sei. Der englische Delegierte Lodge führte aus, die englische Sozialpolitik sei jetzt ein, das ein vernünftiges Deutschland ein vereintes Europa nach sich ziehen werde. Sie müsse jetzt erkennen, daß Reparationen deren zum Unheil gereichen, die sie empfangen.

Ein „ausgezeichnetes Programm“

Paris, 27. August.

Der gefragte Redner Poincaré's Rede in der „Republique française“, Poincaré habe dadurch, daß sich seine Politik nicht geändert habe, bewiesen, daß diese Politik die beste Formel in der Welt sei. Die Rede wurde von den belgischen Zeitungen, die durch den Plan vom Mai 1921 berührt waren, in Bezugnahme darauf, was Poincaré begehrt habe und

Stresemann's „stärkste“ Koalition

Die Zusammenfassung aller Kräfte

Ein Stresemann-Interview. (Eigener Drahtbericht.)

München, 27. August.

Der Kampfschriftleiter der „M. N.“ hatte in Mittenwald eine Unterredung mit Reichsminister Dr. Stresemann, der u. a. erklärte, die jetzige Koalition sei die stärkste parlamentarische parlamentarische Koalition der Welt, die in der neuen Deutschland bisher gekannt haben. Eine Reihe von Fragen, die in nächster Zeit zur Erledigung kommen, wird unter Umständen nur auf dem Wege der parlamentarischen parlamentarischen Maßnahmen zu lösen sein. Die neue Regierung habe alle notwendigen Elemente auch außerhalb der jetzigen Koalition zur Verfügung, das zu bezeichnen, die materielle Volkswirtschaft.

Der Reichsminister erklärte weiter, es sei für ihn eine Befriedigung, daß seit langer Zeit vertretenen Gedanken der jetzigen Koalition, daß der Generaldirektor eines der größten deutschen Weltunternehmens, Geheimrat Däubler mit Zustimmung der von ihm vertretenen Kreis die Zusammenfassung der Kräfte betonte. Die Zusammenfassung über die Zusammenfassung sei ein erster Schritt zur inneren Entlastung des Reiches, das die Finanzpolitik des Reiches stärken und die Durchführung der Reichspolitik zu umständlichen Situationen führen. Von ihrer Zusammenfassung mit der Reichsregierung sei auch die Lösung von Fragen abhängig, die gegenüber der Presse vielfach erörtert wurden.

Der persönliche Stresemann

Wiederum günstige Aufnahme der Kanzlerrede in Italien. Rom, 27. August.

Da der Rede Stresemann's bemerkt der Berliner Korrespondent des offiziellen „Corriere Italiano“, sie werde mit großer Genugtuung in ganz Europa worden, da sie zweifellos einen ersten Schritt zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten

bedeute. Die Rede besage auch offen, daß die deutsche Regierung bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit und die durch die nationale Würde Erlaubten gehen wolle, um eine Lösung herbeizuführen. Was hätte Stresemann mehr sagen können? Es handle sich um das letzte Kabinett, mit dem die Öffentlichkeit verhandeln können.

Der „Piccolo“ meint, die Haltung Stresemann's hierfür der Sache des Friedens förderlich sein, und auch Frankreich von dem guten Willen Deutschlands überzeugen, und die Verhandlungen auf einen konkreteren Boden stellen. Dies würde den Anfang der deutschen Aufrechterhaltung bedeuten.

Die „Aea Nazionale“ erklärt in Stresemann's Rede ein Zeichen echten Entgegenkommens Deutschlands sowie offenen Erkenntnis der Weltwirtschaft. Mit seiner ruhigen und objektiven Rede und seinen nächsten, aber prägnanten Beschreibung nähere sich Stresemann dem Standpunkt Italiens. Man sei aber noch im Fortschritt der Verhandlungen. Die nächsten Begegnungen und Besprechungen würden zeigen, ob die Stunde einer sachlichen Verständigung schon gekommen sei.

Ein Todesurteil im Prozeß Bauer

(Eigener Drahtbericht.)

München, 27. August.

Das Volksgesetz verurteilte im Prozeß wegen des politischen Mordes am Studenten Bauer den Hochschulstudierenden August Zwangener wegen Verbrechens des Mordes am Tode, den Kaufmann Joh. Berger wegen Beihilfung zu 1 Jahr Gefängnis, den Mitarbeiter Ernst Berger sowie den Schriftleiter und Privatgelehrten Dr. Arnold König sprach das Gericht von der Anklage der Beihilfung frei. Dagegen wurde Dr. Ruge wegen Anklage wegen Mordes zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Ernst Berger wurde auf freien Fuß gesetzt.

Es könnte scheinen, als sei die Reparationsfrage wieder neu in Fluss gekommen, nachdem Frankreich sie durch seine starke Nebenbedenken verjagende Pfänderpolitik auf ein totes Gleis gehoben hatte. Das deutsche Memorandum vom 7. Juni d. J. hatte England veranlaßt, von Frankreich Angaben über seine Wünsche hinsichtlich der Pfändersicherung zu erfragen. Poincaré hat, um nicht von seinen vorgezeichneten Weg, der auf die Zerstückelung Deutschlands hinzielt, abzuweichen, diese Fragen letzten Grades lediglich mit einem Hinweis auf seine Konstitutionen beantwortet, die er seinem Vorkämpfer in London über diesen Punkt erteilt hat. Diese Konstitutionen sind in dem französischen Gesetzbuch über die Reparationsfrage unter Nr. 23 und 25 verzeichnet. Für Anhalt lautet folgendes:

1. Die Mäßigung des Ruhrgebietes ist abhängig von den deutschen Zahlungsleistungen. Frankreich stellt fest, ob die deutschen Zahlungen befriedigen. Eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands findet nicht statt, Frankreich behält sich die Forderung an.
2. Für die Dauer der Ruhrbelegung wird im ganzen belagerten Gebiet ein einheitliches Regime durchgeführt, die Eisenbahnen im Rhein- und Ruhrgebiet werden vom deutschen Reichsbehörden losgelöst und einer französischen Behörde unterstellt, gewisse Ausnahmefälle vorbehalten, die erhalten ebenfalls eine französisch-belgische Verwaltung, hinsichtlich des Zollwesens, der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, der Konventionen usw. bleibt alles so, wie es jetzt durch die Vertragsbestimmungen durchgeführt ist.

Dies heißt also mit anderen Worten: Poincaré hält seine unmöglichen Forderungen aufrecht. Da sie nicht bezahlt werden können (und Poincaré kennt dies Unmöglichkeit seiner Zahlungen), wird das Ruhrgebiet nicht als gesamt und so lange die Ruhr sich in der Gewalt der Besatzungsmächte befindet, bleibt auch das übrige besetzte Gebiet in der Praxis losgelöst vom übrigen Deutschland. Diese Praxis besagt aber, daß Frankreich und Belgien Deutschland die Souveränität an Rhein, Ruhr und Saar gewaltsam entziehen haben.

Man hatte zwar Poincaré in Charleville, daß er an Rhein und Ruhr seine politischen Ziele verfolge und keine ommunitarischen Gedanken hege. Reichsminister Dr. Stresemann hat in seiner hochwollständigen Rede am 24. d. M. vor Vertretern des deutschen Industrie- und Handelsvereins auf den Widerspruch aufmerksam gemacht, der zwischen dieser Behauptung Poincaré's und dem Geist der Dokumente 23 und 25 des französischen Gesetzbuches besteht, und um seine Unfairheit aufkommen zu lassen, hat Dr. Stresemann in Verbindung mit seinem Antwort auf Poincaré's Worte in Charleville eindeutig und bestimmt erklärt:

Für Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinlandfrage ist eine Lebens- und Sagenfrage des deutschen Volkes, in der es für jede Partei, in der es für jeden Deutschen nur eine Lösung geben kann: den freien deutschen Rhein in unserem einigen deutschen Reich!

Für diese Worte wird jeder Deutsche an Rhein, Ruhr und Saar sein Wort geben können, dies um so weniger, als durch die Methoden, die Poincaré in diesen Gebieten zur Anwendung bringt, gar zu deutlich erkennbar ist, daß seine Taten und Worte sich nicht unter einen Gut bringen lassen, daß er seine Worte gebraucht, um seine Gedanken zu verdeutlichen und seine Ziele zu verdeutlichen.

Poincaré bescheidet in seiner Antwortnote an England als gezeichnete Vorbedingung für weitere Verhandlungen die Uebertragung eines einzigen Wortes auf die Rhein- und Ruhr an die Entente, wie sie angreifen der den Alliierten auferlegenden Reparationen auszubringen. Für diese Art der Uebertragung von Selbstbestimmten und der damit verbundenen politischen Nebenbedenken gibt das Saargebiet wieder das klassische Beispiel ab. Clemenceau, hinter dem der stets drückende und schwebende Poincaré stand, hatte in verschiedenen Denkschriften im Januar und Februar 1919 nachdrücklich verurteilt, daß Frankreich auf die Saargruben als Erlös der zerstörten Gruben Nordfrankreichs und als sofort realisierbare Reparationen nicht verzichten könne. Zu einer ähnlichen Auffassung und Begründung hatte er bemerkt, daß Frankreich nach Beendigung des Krieges zur Aufrechterhaltung seiner Rüstungsindustrie u. a. jährlich 5 Milliarden Franken Rohstoffe benötigte, die durch Uebertragung der Saargruben zu einem Teil ersetzt werden könnte.

